

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

niemand anderes im Hohen Hause hat die AfD in den vergangenen knapp fünf Jahren häufiger politisch gestellt als die Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. Wir wissen um die Bedeutung des Landtags als **Herzkammer der Demokratie unserer bayerischen Heimat** – und fragen uns deshalb, wie zwei Abgeordneten der AfD vorvergangene Woche eine so gezielte Provokation gelingen konnte: Sie hatten **Mitglieder rechtsextremer Gruppen zu einem**



Fest in die Landtagsgaststätte eingeladen – und denen wurde leider geöffnet! Ein Reporter fotografierte, wie die burschenschaftlich gekleideten



Teilnehmer mit ihren Händen das „Okay“-Symbol formten. Unter Rechtsextremen steht es seit Jahren für „White Power“ (=„Weiße Macht“). **Dafür soll der Reporter körperlich bedrängt und in seiner Arbeit gestört worden sein – inzwischen ermittelt die Polizei wegen Nötigung gegen Unbekannt.**

Doch dabei darf es nicht bleiben: Wir haben **Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) gebeten, Konsequenzen zu ziehen:** Denn rechte Zünder, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, haben im Landtag nichts verloren. Doch gut drei Monate vor der Landtagswahl in Bayern gibt es auch viel Positives aus dem Maximilianeum zu vermelden – **für Bayerns**

Metzgereibetriebe haben wir beispielsweise einen Riesenerfolg erzielt! Mehr dazu lesen Sie auf den nächsten Seiten.

Rückblick

Friedl in seiner Rede zur 1. und 2. Lesung zum Gesetzentwurf: „Wir entlasten kleine Schlachtbetriebe und bauen Wettbewerbsverzerrungen ab“!

Wir stehen zu unseren heimischen Metzgereibetrieben: Schlachthofstrukturkonzept der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wird vom Landtag umgesetzt

Der Bayerische Landtag hat eine **Reform der Fleischhygienegebühren beschlossen**, die kleine bayerische Schlachtbetriebe stark entlastet und Wettbewerbsverzerrungen abbaut. Das **Gesetz tritt bereits am 1. Juli in Kraft**. Damit stärken wir FREIE WÄHLER im Landtag regionale Strukturen, sodass **Hof-, Weide- und regionale Schlachtungen deutlich günstiger werden**. In diesem Zusammenhang freuen wir uns, dass die Ministerien für Verbraucherschutz sowie Landwirtschaft die dafür notwendigen Mittel bereitstellen: **2,5 Millionen Euro sind im Haushalt 2023 vorgesehen, im kommenden Jahr voraussichtlich sogar fünf Millionen Euro**. Um

den erhöhten Verwaltungsaufwand einer Abrechnung der tatsächlichen Entgeltausfälle zu vermeiden, **erhalten Landkreise und kreisfreie Kommunen eine pauschalierte Auszahlung**. Denn unser Kernanliegen ist der Erhalt regionaler



Strukturen. Aktuell werden in weniger als hundert Betrieben mehr als neunzig Prozent der Tiere geschlachtet. **Deshalb entlasten wir mit der Novelle des Gesetzes etwa 1.500 der rund 1.600 bayerischen**

Schlachtbetriebe. Für kleinere Betriebe mit geringem Durchsatz werden die Fleischhygienegebühren bayernweit einheitlich geregelt. Mit diesem Gesetz wird unsere zentrale Forderung des Schlachthofstrukturkonzepts aus dem Jahr 2020 umgesetzt: Wettbewerbsverzerrungen zwischen kleinen und großen Betrieben sowie Konkurrenz unter den Landkreisen sind künftig ausgeschlossen. Oder anders ausgedrückt: Wir FREIE WÄHLER im Landtag stehen uneingeschränkt zu unseren heimischen Metzgereibetrieben. Hier lesen Sie [HIER](#).

Bundesweiter Krankenhaus-Protesttag: Scholz muss Lauterbach endlich stoppen!

Es ist Gefahr im Verzug: Neun von zehn Kliniken in Bayern befürchten zum Jahresende ein Defizit. **Manchen droht sogar die Insolvenz – vor allem kleineren Krankenhäusern im ländlichen Raum.** Bayern hat gehandelt und einen **160 Millionen Euro schweren Härtefallfonds** für die Bewältigung der enorm gestiegenen Sach- und Energiekosten von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen aufgelegt. **Verantwortung für die jetzige Misere trägt daher zuvorderst Karl Lauterbach.** Der Bundesgesundheitsminister hat eine **unverantwortliche ‚Krankenhausreform‘** auf den Weg gebracht. Im Ergebnis werden **nicht nur planbare Eingriffe, sondern auch die stationäre Notfallversorgung leiden – das Gesundheitssystem wird weiter kaputtgespart.** Wir FREIE WÄHLER im Landtag haben den bundesweiten Krankenhausprotesttag vergangenen Dienstag daher gern unterstützt. Denn **strukturelle Unterfinanzierung und Folgen der Inflation bedrohen die medizinische Versorgungslandschaft in Deutschland wie nie zuvor.** Zwar ist eine Krankenhausreform dringend erforderlich – insbesondere die Abschaffung des DRG-Systems, das mit seinen Fehlanreizen zu einer Verschlechterung der Patientenversorgung geführt hat. Doch die gegenwärtigen Pläne gefährden die gewachsene Krankenhausstruktur in Bayern. Deshalb erwarten wir von Bundeskanzler Scholz eine deutliche Kurskorrektur – unsere Krankenhäuser benötigen eine

verlässliche Finanzierung. **Scholz muss Lauterbach endlich stoppen, bevor es zu spät ist.**“

Aktuelle Stunde „Fachkräfte gewinnen – Bayerns Zukunft sichern“

Deutschland leidet in nahezu allen Branchen unter gravierendem Fachkräftemangel. **Um diesem zu begegnen, müssen wir deutlich attraktiver für mehr qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland werden.** Außerdem wollen wir vorhandenes Potenzial effektiver nutzen. Asylbewerber, die sich in Ausbildung oder Beschäftigung befinden, stellen einen wichtigen Baustein dar, indem sie **zur Linderung des Fachkräftemangels beitragen.** Betroffene und Unternehmen kämpfen allerdings häufig mit bürokratischen Hürden und der mangelnden Sicherheit im Hinblick auf die Bleibeperspektive ihrer Beschäftigten. **Ziel muss es sein, diesen Asylbewerbern einen rechtlich hinreichend gesicherten Aufenthalt zu ermöglichen. Gleiches muss gelten, wenn das Asylverfahren der Betroffenen zwischenzeitlich abgeschlossen wurde.** Damit entlasten wir nicht nur unser Sozialsystem, sondern bringen auch denjenigen angemessene Wertschätzung entgegen, die sich ihren **Lebensunterhalt eigenständig verdienen.** Der Arbeitsmarkt in Bayern präsentiert sich widerstandsfähig und nach wie vor stabil – trotz großer wirtschaftlicher und politischer Unsicherheiten. In fast allen Branchen herrscht jedoch erheblicher Arbeits- und Fachkräftemangel. Ziel muss es daher sein, alle vorhandenen inländischen Arbeitskräftepotenziale durch **zielgerichtete Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung** sowie eine **verbesserte**



Kinderbetreuung zu aktivieren und optimal zu nutzen. Allerdings lässt sich der Fachkräftemangel angesichts der demografischen Entwicklung nicht allein mit inländischen Arbeitskräften beheben. [HIER](#) gibt es weitere Infos.

Berufsgenossenschaftliche Kliniken erhalten – Spitzenmedizin sichern!

Und nochmal Karl Lauterbach: Der Bundesgesundheitsminister hat eine weitreichende Krankenhausreform angekündigt. Berufsgenossenschaftliche Kliniken waren bislang nicht Gegenstand der Reformpläne – obwohl sie

durch die **Akutversorgung schwerstverletzter Patientinnen und Patienten eine wichtige Aufgabe im Gesundheitssystem übernehmen.**

Mittels Dringlichkeitsantrags forderten wir daher vergangenen Donnerstag im Landtag, dass bei den Überlegungen zur Krankenhausreform die **Wertigkeit berufsgenossenschaftlicher Kliniken angemessen abgebildet wird.**

Auch wenn sie lediglich 0,5 Prozent der Krankenhäuser in Deutschland ausmachen, bieten sie **medizinische Versorgung auf höchstem Niveau.** Dementsprechend müssen sie bei der gegenwärtigen

Krankenhausreform berücksichtigt werden – insbesondere bei den Vorhaltekosten. **Denn bundesweit werden mehr als 550.000 Patientinnen und Patienten pro Jahr in berufsgenossenschaftlichen Kliniken mit innovativer Medizin versorgt.** Dabei verfügen sie in allen Fachbereichen der Chirurgie und Intensivmedizin bis hin zur Rehabilitation über **besondere Expertise.** In der Therapie von Hand-, Brand- und

Berufsgenossenschaftliche Kliniken:

FREIE WÄHLER-Fraktion fordert Nachbesserung bei geplanter Krankenhausreform durch den Bund



FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Rückenmarksverletzungen sowie der Versorgung von schweren Schädel-Hirn-Verletzungen und Polytraumata belegen sie international Spitzenpositionen – das muss auch in Zukunft so bleiben.

Wegen drohender Benachteiligung von Senioren und Kindern: Deutschlandticket länger in Papierform erhalten!

Die Einführung des Deutschlandtickets in durchgehend digitaler Form stellt zahlreiche Verkehrsanbieter des ÖPNV vor große Herausforderungen. **Viele bieten das 49-Euro-Ticket aktuell nur als App-Lösung für Smartphone-Nutzer an.** Selbst der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund, der bereits vor Einführung des Deutschlandtickets Chip-Karten-Lösungen für seine Kunden anbot, kann diese aktuell **nicht in der benötigten Stückzahl neu ausgeben und als Alternative zur App nur Papiertickets anbieten.** Deshalb haben wir die Bundesregierung mit einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, die Übergangsfrist, bis zu der die Ausgabe des Deutschlandtickets in Papierform zulässig ist, angemessen zu verlängern. Denn das Deutschlandticket soll allen Bürgerinnen und Bürgern flächendeckend zur Verfügung stehen – unabhängig davon, ob diese über ein Smartphone verfügen, auf dem sie die App eines Verkehrsanbieters installieren können. Alles andere würde **finanzschwache Bevölkerungsteile unangemessen benachteiligen** – vor allem **ältere Menschen, die sich kein Smartphone leisten können oder wollen.** Außerdem ist zu erwarten, dass das Deutschlandticket als günstigste Ticket-Option auch im Rahmen der Schülerbeförderung zum Einsatz kommen wird. Diese darf aber nicht davon abhängen, ob eine Schülerin oder ein Schüler ein Smartphone besitzt. Von daher muss die Möglichkeit, Papiertickets auszugeben, so lange verlängert werden, bis flächendeckend Chip-Karten-Lösungen zur Verfügung stehen. Ein Systemwechsel innerhalb eines Schuljahres sollte ebenfalls vermieden werden und die Übergangsfrist mindestens bis zum Ende des Schuljahres 2023/24 verlängert werden. Noch mehr Infos [HIER!](#)

„Denk mal mit“: FREIE WÄHLER-Fraktion verabschiedet wegweisende Resolution zum Denkmalschutz

In Bayern sind eine Vielzahl verschiedener Baustile und Denkmäler zu finden. **Um diese Kulturgüter zu erhalten, muss das Leben in und mit einer Denkmalschutzimmobilie möglichst attraktiv und zeitgemäß gestaltet werden.** Daher hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion nun eine Resolution verabschiedet, um den Denkmalschutz im Freistaat zu modernisieren. Erst kürzlich haben wir eine **Liberalisierung des**



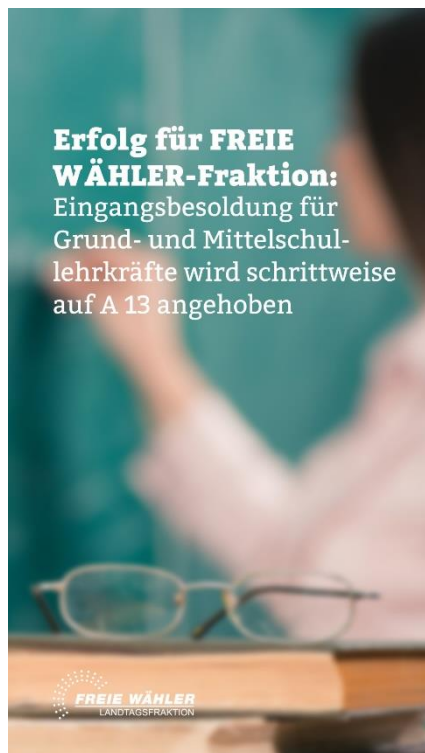
Denkmalschutzes im Hinblick auf erneuerbare Energien erreicht. Dies ist ein erster wichtiger Schritt hin zu einer **Wiedereinbindung von Denkmälern in den Alltag.** Dennoch gibt es viel zu tun, denn Bayerns Vorgaben für den Denkmalschutz stellen an Eigentümer von Denkmalimmobilien oftmals hohe Anforderungen. Daher fordern wir ein Umdenken im bayerischen Denkmalschutzrecht. Konkret wollen wir eine **Neuausrichtung der bayerischen Förderlandschaft in Bezug auf den Denkmalschutz** erreichen. Darüber hinaus sollen Bauwerke mit überregionaler Bedeutung in das

Eigentum des Freistaats sowie **Bauwerke mit regionaler Bedeutung aufgekauft und in das Eigentum von Kommunen übernommen werden.** Hierzu muss der Freistaat die benötigten Mittel bereitstellen. Oberstes Ziel muss es sein, Denkmäler als Lebensraum zu erhalten. Eine Denkmalimmobilie darf nicht zum bloßen Museum werden, sondern muss ein nutzbares Bauwerk bleiben. [HIER](#) gibt's weiterführende Infos; die Resolution im Wortlaut [HIER](#).

Kurznews

Zeichen echter Wertschätzung: Eingangsbesoldung für Grund- und Mittelschullehrkräfte wird auf A 13 angehoben

Als FREIE WÄHLER-Fraktion haben wir uns über viele Jahre für eine Angleichung der Lehrerbezahlung auf A 13 starkgemacht – mit Erfolg! **Der gesetzliche Fahrplan dafür steht noch diese Legislatur, die Stellenhebungen beginnen für Grund- und Mittelschule**



pensionsrelevant im kommenden Schuljahr, Funktionsämter sind in die Planungen einbezogen. Alles zusammen

haben wir versprochen – und erreicht. Ein Zeichen echter Wertschätzung!

Beschleunigungen im Verfahren erscheinen uns im bundesweiten Wettbewerb um die besten Köpfe als sinnvoll – klären müssen das aber Koalitionsverhandlungen zu Beginn der neuen Legislatur. Ebenfalls zeitnah streben wir **weitere Verbesserungen für Fach- und Förderlehrkräfte an und führen dazu einen eigenen engagierten Dialog.** Heute jedenfalls

bin ich froh, dass unser engagierter Einsatz das

Lohnungleichgewicht in der Schulwelt beseitigt hat. **Das hilft uns auch beim Werben und Gewinnen neuer Kräfte, die wir an unseren Schulen so dringend brauchen.** Schauen Sie mal [HIER](#).

Unsere Social-Media-Beiträge – danke fürs Teilen!

Der Wochendurchblick: Alarmstufe Rot für Lauterbach – warum der Krankenhausprotesttag unser aller Solidarität verdient!

Vorletzte Woche Mittwoch die Apotheker, letzte Woche Dienstag die Krankenhäuser – schon wieder fand ein **bundesweiter Protesttag im Medizinwesen** statt. Unser Fraktionschef **Florian Streibl** hat für die Anliegen des Pflegepersonals vollstes Verständnis. **Denn neun von zehn bayerischen Kliniken erwarten zum Jahresende ein Defizit, vielen kleinen Krankenhäusern im ländlichen Raum droht die Insolvenz!** Was Streibl von Kanzler Scholz und Gesundheitsminister Lauterbach fordert, seht Ihr im neuesten Wochendurchblick – [HIER!](#)



Der Wochendurchblick mit Florian Streibl

Alarmstufe Rot für Lauterbach!

Warum der Krankenhaus-Protesttag unser aller Solidarität verdient!

Folgen Sie uns mit einem Klick auf die Grafiken:



@fwlandtag



@fwlandtag



@fwlandtag



@fwlandtag

**Wir wünschen Ihnen ein entspanntes
Wochenende – mit hoffentlich kühler Brise
zwischen durch. Bitte bleiben Sie gesund!**



Euer #TEAMFRIEDL

www.hans-friedl.de

089-41262746 / 08141-2457983

**Impressum: Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26 b, 82239 Alling
Pucherstr.7, 82256 Fürstenfeldbruck**